

«Order. Ooorder!»



«Das tote Pferd wird weitergeritten.»

Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein-Instituts

Unzählige Male musste Speaker John Bercow das britische Unterhaus in den letzten Wochen zur Ordnung rufen. Kein Wunder, denn mit dem bevorstehenden Brexit haben die ohnehin lebhaften Parlamentsdebatten im Vereinigten Königreich nochmals an Intensität gewonnen. Das britische Unterhaus gilt als typisches Redeparlament. Während bei Arbeitsparlamenten wie z. B. dem US-Kongress die Gesetzgebung im Zentrum steht, sind Redeparlamente von der öffentlichen Plenardebatte geprägt. Arbeitsparlamente findet man eher in präsidentiellen Systemen, wo die Regierung nicht direkt dem Parlament verantwortlich ist. Bei einer besonders starken Verflechtung von Regierung und Parlament herrscht dagegen oft der Typus des Redeparlaments vor. Dies kann sich allerdings auch ändern: So galt z. B. die eidgenössische Bundesversammlung im 19. Jahrhundert noch als Redeparlament und hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der zunehmenden Bedeutung parlamentarischer Kommissionen zu einem Arbeitsparlament entwickelt. Auch der liechtensteinische Landtag kann prinzipiell als Arbeitsparlament bezeichnet werden. Allerdings fehlen

dem Landtag – wohl aufgrund seiner geringen Grösse – ein differenziertes Ausschusswesen und die damit verbundene Spezialisierung der einzelnen Abgeordneten auf konkrete Fachgebiete, wie sie sonst für Arbeitsparlamente typisch sind. Stattdessen konzentriert sich das Gros der Parlamentsarbeit auf die Plenardebatte und der durchschnittliche Abgeordnete muss immer noch ein Generalist sein. Der Landtag ist deshalb eine Mischform, sozusagen ein «redendes Arbeitsparlament», in welchem mal die politische Debatte, mal die konkrete Gesetzesarbeit im Vordergrund steht.

Mit der Klassifizierung als Arbeits- oder Redeparlament ist keine Wertung verbunden. Beide Parlamentstypen können wesentlich zur Legitimität und Effektivität des politischen Systems beitragen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass, egal wie ein Parlament arbeitet, ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen politischer Debatte und legislativer Arbeit besteht. So schaffen öffentliche Debatten mehr Transparenz, Verständnis und Beteiligungsmöglichkeiten. Allerdings wird in öffentlichen Parlamentsdebatten oft stark polarisiert. Im Unterschied dazu begünstigen nicht-öffentliche Parlamentsausschüsse eine konstruktive Zusam-

menarbeit über die Parteigrenzen hinweg und damit eine effiziente Entscheidungsfindung. Transparenz braucht deshalb auch Grenzen. Um die beiden Arbeitsweisen zu verbinden, hat in der Schweiz jüngst die Aussenpolitische Kommission Expertinnen und Experten zum institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU angehört. Normalerweise finden solche Anhörungen hinter verschlossenen Türen statt. Dieses Mal aber wurden sie live in Fernsehen und Radio übertragen.

Nach der Anhörung waren sich die Kommentatoren einig, dass die sachliche Information im Zentrum stand und die Anhörung weder von den Expertinnen und Experten noch von den Kommissionsmitgliedern als politische Bühne genutzt wurde. Allerdings gelang dies nur, weil sich die Diskussion mehrheitlich um technische Fragen drehte. Gerade bei europapolitischen Vorlagen sind es aber erfahrungsgemäss nicht die konkreten Inhalte einer Vorlage, sondern grundlegende Werte und Ziele, welche die Debatte dominieren. Entsprechend schlecht steht es um die Chancen des institutionellen Abkommens. Dies bringt uns zurück zum Brexit: Auch im Vereinigten Königreich haben Parlamentsausschüsse etliche Anhörungen durchgeführt. Obwohl diese mehrheitlich sachlich verlaufen und obwohl die Argumente der Gegner eines harten Brexits klar überwogen, hat sich dadurch nichts an der Polarisierung geändert. So wird allen «Ooorder!»-Rufen zum Trotz das tote Pferd weitergeritten und ein harter Brexit rückt immer näher.

Was bleibt, ist die Frage, wie man angesichts der in bald allen Staaten Europas vorherrschenden Polarisierung rund um die Frage, wie nationalstaatliche Souveränität gelebt werden soll, noch eine konstruktive aussenpolitische Debatte führen und effizient Entscheide treffen kann. Dass dies auch in Liechtenstein schwierig ist, zeigte die Debatte über den Migrationspakt. Bleibt zu hoffen, dass ungeachtet mancher Herausforderung in der Umsetzung uns der EWR noch lange erhalten bleibt und wir so wenigstens eine europapolitische Grundsatzdebatte vermeiden können.